

Die persönliche Meinung

Namibia nach zwei Jahrzehnten Krieg

Über Martti Ahtisaari, dem Sonderbeauftragten Pérez de Cuéllars in Windhoek, sind ganze Wogen an Vorwürfen zusammengeschlagen. In der Tat war seine Entscheidung vom 1. April, Südafrika freie Hand an der Nordgrenze Namibias zu geben, ein grober Mißgriff – doch geht hier, einmal mehr, die Kritik fehl, wenn sie sich primär an die Adresse der Weltorganisation richtet. Wurde einst schon vom Sicherheitsrat der UNIFIL, der Friedenstruppe im Süden Libanons, ein »unerfüllbarer Auftrag« erteilt, so wurde nun die nach Namibia entsandte »Unterstützungseinheit« unzureichend ausgestattet – ungeachtet der Warnungen der Afrikaner und Blockfreien in New York. Es war kein Versäumnis »der Vereinten Nationen«, vielmehr sind die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats mit ihrer Sparsamkeit am falschen Platz als Hauptverantwortliche zu benennen.

Zu hoffen ist, daß die gewaltige Anstrengung der Vereinten Nationen frei von weiteren Beeinträchtigungen bleibt. Es handelt sich um eine Operation, die die Fähigkeit der Weltorganisation zur Friedenssicherung auf eine neuartige Probe stellt. Schon jetzt läßt sich festhalten, daß der von selbsternannten Realpolitikern belächelte völkerrechtliche Anspruch der Vereinten Nationen ungeachtet der anfänglichen Belastung an Realität gewonnen hat: Für die nächsten Monate teilen sich der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs, Vertreter der legalen Verwaltungsmacht, und der südafrikanische Generaladministrator, Repräsentant der De-facto-Gewalthaber (und allerdings noch immer Chef der Verwaltung), die Macht im Territorium. Die Vereinten Nationen bieten den geeigneten und offensichtlich einzig möglichen Rahmen zur Abwicklung des mühsamen Prozesses, an dessen Ende die Aufnahme des unabhängigen Namibia in die Völkergemeinschaft stehen wird; sie haben darüber hinaus das Verdienst, daß sie, kritisiert und mißtrauisch beäugt nicht nur von Südafrika, sondern auch vom Westen, über lange Durststrecken hin das Problem der Wiedererlangung des »veruntreuten Pfandes« auf der Tagesordnung der internationalen Politik gehalten haben – und damit die Frage der Freiheit eines kleinen Volkes und des Schutzes seiner Naturschätze.

Gerade zwei Jahre ist es her, daß der Namibia-Rat der Vereinten Nationen in der Bundeshauptstadt ein (dem »offiziellen Bonn« freilich unwillkommenes) Symposium veranstaltete, das von der Vorstellung geprägt war, der Kampf um die Unabhängigkeit Namibias werde noch lange dauern, vielleicht so lange wie der Kampf um die Freiheit in Südafrika selbst. Und ein Teil der Gespräche auch mit den führenden Vertretern der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) ging darum, wie man die generationslange Kampf- und Exilzeit für die zerrissenen Familien, für die politischen Aktivisten bewältigen solle. Auch meine eigenen Gedanken über die Entwicklung in Namibia waren von diesem Pessimismus geprägt, trotz der erstaunlichen Entfaltung der namibischen Gewerkschaftsbewegung und etwa der ermutigenden Präsenz der »Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwestler« bei dieser UN-Veranstaltung. Niemand vermochte sich vorzustellen, daß die weltpolitische Entspannung zwischen den beiden Supermächten so direkt und so schnell wirken könnte. Und so mischen sich in die Hoffnungen einige Reflektionen zur Unabhängigkeit Namibias.

Im Rückblick drängen sich Überlegungen auf, welchen Sinn nun die westliche Duldung der südafrikanischen Herrschaft in Namibia gehabt hat, welch absurd langer Weg zur Anerkennung der fundamentalen Freiheits- und Friedensrechte nötig war, sogar noch zehn Jahre nach der Einigung im Sicherheitsrat über die Resolution 435 (1978). Das jetzige politische Ergebnis zu wollen – das heißt, in freien Wahlen den spätestens seit 1972 wahrscheinlichen hohen Wahlsieg der SWAPO zuzulassen –, war eine Position, mit der man am Beginn die es Kampfes als subversiv verdächtigt wurde. Ich erinnere mich lebhaft an eine vom Entkolonisierungsausschuß der Vereinten Nationen 1966 in einem der Colloques von Oxford veranstaltete Zusammenkunft zum Thema. Sämtliche Umstände waren äußerst bedrückend. Die britischen Grenzbehörden hatten Listen und befragten die Anreisenden hochnotpeinlich; die Deutsche Botschaft in London fertigte Berichte über deutsche Teilnehmer, die bei den Universitäts- und Verfassungsschutzbehörden landeten. Wir Seminarteilnehmer waren tief deprimiert durch die Abweisung der Südwestafrika-Klage Äthiopiens und Liberias gegen Südafrika seitens des Internationalen Gerichtshofs im Haag.

Nun steht die Unabhängigkeit vor der Tür. Wieder einmal sind die neun-

malklugen Experten, die ein ganzes Vierteljahrhundert zum Aufbau von Gegenkräften gegen die Befreiungsbewegung nutzen wollten, ins Leere getappt; eine kollaborierende Gruppe nach der anderen ist unglaublich geworden und verbraucht. Stetigkeit im Kampf und – dies sei mit aller Deutlichkeit gesagt – die Bereitschaft zur militärischen Gewalt gegen den militärischen Gewalteinsatz der Besatzungs- und Kolonialmacht waren wie vorher in Angola, Mosambik und Simbabwe ausschlaggebend, mag man auch mit Recht sagen, daß der 1966 aufgenommene, mit niedrigem Intensitätsgrad geführte Kampf der Befreiungsarmee (PLAN) militärisch wenig effektiv war. Aber er hat Südafrika in eine Situation gebracht, in der es selbst nicht gewinnen konnte. Er hat es zur Terrorherrschaft im bevölkerungsreichen Norden des Landes veranlaßt und damit die »Homeland«- und Interims-Bürokratie um jede Glaubwürdigkeit gebracht. Als die südafrikanische Lufthoheit über Südafrika verloren ging (und damit die risikolose Penetration des Nachbarn unmöglich und die Kriegskosten für das ökonomisch angeschlagene Schwellenland schwer erträglich wurden), kamen auch in Pretoria alternative Konzepte zur Geltung. Pessimisten sagen, dem Minderheitsregime gehe es in einem kühl kalkulierten Konzept nur darum, Namibia – statt es als militärisches Vorfeld gegen den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) zu halten – jetzt in eine leicht zu destabilisierende wirtschaftliche Geisel zu verwandeln, um so der Bevölkerung in Südafrika selbst zu demonstrieren, daß eine Befreiungsbewegung die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen könne. Aber die Niederlage Südafrikas ist unbestreitbar. Die Entscheidung fiel auf Grund des weltweiten Arrangements der Supermächte und straft all jene Lügen, die die Einwirkungsmöglichkeiten der großen Mächte und des ökonomischen Faktors als gering propagierten. Südafrika ist auch durch den Kleinkrieg der PLAN, über den sich manche mokierten, als das decouviert worden, was es ist: eine regionale Mittelmacht auf tönernen Füßen.

Was steht zu erwarten? Über Namibia wird eine Welle der Intervention durch den gesamten Komplex der internationalen Entwicklungshilfe-Institutionen hinwegrollen, anknüpfend an die Projekte aus der Zeit der Interimsregierung. Die SWAPO – im Grunde überrascht von dem Tempo, mit dem schließlich die Unabhängigkeit kommt, und eingeengt durch den internationalen Druck – wird größte Mühe haben, eigene Vorstellungen ausreichend konkret zu entwickeln und finanzielle und politische Spielräume zu finden, ihre Vorstellung von der Entwicklung im Lande im Dialog mit den Menschen, die sich so lange nicht frei äußern konnten, zu konkretisieren. Da werden viele Institutionen schnell und mit dem Willen der Einflußnahme Positionen besetzen, Projekte schmieden und das Land mit Experten und ihren Apparaten überschwemmen – und nicht immer die Emanzipation von südafrikanischer Bürokratie und Geschäftswelt im Auge haben.

Namibia ist daher – neben wirklich freien Wahlen und der Abwesenheit von bewaffneten Destabilisierungskommandos – vor allem Zeit zum inneren Dialog zu wünschen, damit die Menschen im Land Vertrauen in den Frieden und in ihre Chance zur Mitbestimmung finden können. Das Versagen der UNTAG, die die Tötungen und Kampfhandlungen nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes im Norden Namibias nicht verhindert hat, und die unerträgliche Duldung des Einsatzes des berüchtigten Terrorbataillons 101 gegen SWAPO-Kämpfer durch den Sonderbeauftragten Ahtisaari haben diesen Prozeß, im Kriegsgebiet Vertrauen zu schaffen, extrem gefährdet.

Weiterhin zu wünschen ist finanzieller Spielraum, Zurückhaltung der internationalen Projektmanager bei ihren Belehrungen und die Konzentration auf jene Aspekte des Wiederaufbaus, die von den Menschen unmittelbar verstanden werden: Ende der Angst vor politischer Verfolgung, Beginn der Wiederherstellung der agrarischen Infrastruktur im am meisten vom mehr als 20jährigen Krieg betroffenen Norden des Landes, erträgliche Wohnbedingungen für Flüchtlinge, Exsoldaten und Arbeitsmigranten. Und vom Westen ist zu erwarten, daß er südafrikanische Destabilisierungsversuche in dieser kritischen Phase abwehrt und dem Land den ungehinderten Zugang zum Hafen Walfischbucht sichert. Uns im Westen, unserer westlichen Selbstgerechtigkeit wünsche ich ein tiefes Nachdenken darüber, daß es offensichtlich in der Macht der westlichen Allianz lag, einen sinnlosen Kampf gegen die Selbstbestimmung eines kleinen Volkes viel früher zu beenden, ihn vielleicht sogar zu verhindern. Aber zwischen den hehren Ansprüchen in den Bekenntnissen zu friedlichem, demokratischem Wandel und der vor Duldung, wenn nicht Unterstützung von Kriegshandlungen nicht zurückschreckenden »Interessenwahrung« auch der Bundesrepublik Deutschland klafft über 25 Jahre hinweg eine unüberbrückte Kluft. Möge auch die geschundene Bevölkerungsmehrheit in Südafrika von solchem Nachdenken über unsere häßliche Seite als Waffenexporteur, Förderer der Fähigkeit zum Atombombenbau und Kreditgeber jenes angeschlagenen Kolosses am Kap endlich etwas spüren.

Helmut Bley □